
Tony Janssen

Nur eine gemeinsame Tarif politik kann den sozialen und politischen Zerfall Europas verhindern*

Tony Janssen, geb. 1948 in Genk, Ausbildung zum Elektromechaniker, Studium der Arbeitsbeziehungen, ist seit 1970 Gewerkschaftssekretär und seit 1987 Vorsitzender der Christlichen Metallarbeitergewerkschaft Belgiens (CCMB).

Der Lebensstandard der Arbeitnehmer in Europa ist bedroht

Wir sind in Europa an einem historischen Knotenpunkt angelangt, dessen Auflösung so oder so für die europäischen Gewerkschaften und ihre Tarifpolitik zu einer Schicksalsfrage wird.

* Leicht überarbeitete Fassung eines Vortrags des Autors auf der Tarifpolitischen Konferenz der IG Metall, 22.-23. Juni 1993 in Frankfurt/M.

Die Krise der Weltwirtschaft, die alle Länder gleichermaßen betrifft, nimmt inzwischen eine Schärfe an, die alles das zu bedrohen beginnt, was die europäische Arbeiterbewegung in ihrer mehr als hundertjährigen Geschichte erreicht hat: Der Sozialstaat, den wir aufgebaut haben, steckt in allen Ländern in einer schweren Krise, die sich noch zuspitzt. Die Arbeitslosigkeit nimmt explosiv zu und trifft allein in Westeuropa bald ein ganzes Volk von 20 Millionen Menschen. Und gleichzeitig wächst auch das, was man neue Armut nennt. Damit wachsen eben auch Resignation und Hoffnungslosigkeit, Drogensucht, Gewaltbereitschaft, Kriminalität, Fremdenhaß und Nationalismus.

In dieser Situation scheint die Krise sich immer mehr darauf zuzuspitzen, daß auf breiter Front auch die Absenkung des Lebensstandards der westeuropäischen Arbeitnehmer droht.

Anfang Juni 1993 hat der Tarifpolitische Ausschuß des Europäischen Metallgewerkschaftsbundes in Luxemburg getagt. Die Berichte, die unsere Kolleginnen und Kollegen dort zusammengetragen haben, zeigen ein Bild, das uns alle in höchstem Maße alarmieren muß: Danach mußten die Gewerkschaften in den weniger industrialisierten südlichen Randländern der EG - also in Griechenland, Portugal und Spanien - schon in den letzten Jahren erhebliche Minderungen der Realeinkommen hinnehmen. Dort also, wo die Arbeitskosten ohnehin schon am niedrigsten, wo in der Regel auch die Gewerkschaften am schwächsten sind, schlägt auch der Druck auf die Arbeitnehmer-Verdienste am stärksten durch.

Dabei bleibt es aber jetzt nicht mehr. In Zentral- und Nordeuropa bis hinauf in die skandinavischen Länder haben wir uns als Gewerkschaften und mit unserer Tarifpolitik auch unter dem Krisendruck der siebziger und achtziger Jahre relativ gut behaupten können. Jetzt aber droht auch hier in den industriellen Kernländern Westeuropas die Senkung des Realeinkommens, letztlich des Lebensstandards der Arbeitnehmer, indem die Tarifabschlüsse hinter der Inflationsrate zurückbleiben. Das ist selbst hier in Deutschland, das ist in Frankreich schon ansatzweise der Fall und wird, soweit nicht schon geschehen, schließlich auch auf die kleineren Länder in Westeuropa übergreifen.

Dabei sind diese Tendenzen, wenn es nach dem Willen der Unternehmer geht, erst der Anfang. Für das internationale und das europäische Kapital sind alle unsere Heimatländer nichts weiter als Wirtschaftsstandorte, deren Wert sich einzig und allein nach der zu erzielenden Kapital-Rentabilität bemißt. Und so wie hier in Deutschland, so predigen uns die Arbeitgeber in allen Ländern, daß die Arbeitskosten an diesem Standort zu hoch seien.

Dieser neue und nun direkte Angriff auf den Lebensstandard der Arbeitnehmer ist keine nationale, er ist zumindest eine gesamteuropäische Tatsache. Er ist eine Herausforderung für alle europäischen Gewerkschaften, eine Herausforderung, die für uns alle existenzbedrohend ist. Denn dieser Angriff zielt zugleich auf die Schwächung unserer Tarifpolitik, auf die Aushöhlung der

Tarifautonomie und damit auf die Gewerkschaften selbst. Auch in dieser Hinsicht, beim Vergleich der Regulations-, der Organisations- und Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften, hat sich ja das nordisch-zentraleuropäische Modell bisher als weitaus stabiler erwiesen als das der romanischen und angelsächsischen Länder, wo die Gewerkschaften schon länger schwere Rückschläge hinnehmen mußten, die manchmal, wie in Frankreich, fast ihre Existenz bedrohen.

Ich male dieses Horrorszenario nicht deshalb, weil ich ein besonders masochistisches oder defätistisches Naturell hätte. Ganz im Gegenteil: Ich gehe lediglich davon aus, daß wir nur dann die nötigen Antworten finden werden, wenn wir die Situation auch ebenso schonungslos zur Kenntnis nehmen, wie sie unsere bisherige Politik radikal in Frage stellt und untergräbt.

Diese Krise ist keine nationale und sie auch keine bloß konjunkturelle. Es ist inzwischen nur allzu offensichtlich, daß alle klassischen Mittel kapitalistischer Krisenbewältigung, daß Lohnsenkungen, Rationalisierungen und Produktivitätssteigerungen, daß Sozialabbau und Einsparung öffentlicher Ausgaben nur noch Mittel eines Überlebenskampfes sind, der mehr Arbeitslose, mehr Armut, mehr Elend und Verfall bringt.

Wir leben in einer Zeit, in der sich fast die gesamte Wirtschaft und Politik auf diese ökonomistische Logik verengt hat; in einer Zeit, in der kaum noch auffällt, daß alle diese Mittel der Krisenbewältigung letztlich auf die obszöne Frage hinauslaufen: Wie schaffen wir mehr Arbeitslose, mehr Armut und öffentliche Notstände?; in einer Zeit, in der selbst die Parteien der Sozialreform zu Kräften der Gegenreform werden, weil sie die Krise nach dieser Logik nur verwalten.

Alle diese Rezepte haben keine wirkliche Perspektive zur Überwindung der Krise, sie führen nur noch tiefer in sie hinein. Viele Menschen spüren die Haltlosigkeit dieser Krisenpolitik, und sie wenden sich deshalb generell von der Politik ab. Das Interesse dieser Menschen werden wir nur wecken können, wenn wir uns den Problemen ungeschönt stellen.

Die Segnungen des Binnenmarktes blieben aus

Dazu müssen wir an den fundamentalen Grundwahrheiten festhalten, die von dieser Logik verdrängt werden: Diese Wahrheit ist erst einmal ganz einfach die, daß diese Krise eine Überproduktionskrise ist. Wir haben weltweit zuviel Autos, zuviel Flugzeuge, zuviel Schiffe, zuviel Computer. Wir haben vor allem wachsende Millionenheere von Menschen, denen das elementare Menschenrecht verweigert wird, für ihren Lebensunterhalt arbeiten zu können. Gleichzeitig gibt die EG Unsummen aus, um zum Beispiel die landwirtschaftliche Überproduktion einigermaßen zu regulieren.

Die herrschende wirtschaftspolitische Meinung scheut diese einfache Wahrheit wie der Teufel das Weihwasser. Aber wir als Gewerkschaften

würden uns letztlich selbst aufgeben, unsere eigene Zersetzung betreiben, wenn wir sie verdrängen und vergessen und uns im weltweiten Überlebenskampf aller gegen alle aufreiben würden.

Unser Blickpunkt, unser Ausgangspunkt als soziale Basisorganisation der Arbeit und der Lebenssicherung können nur die wirklichen, stofflichen, lebenspraktischen Tatsachen sein. Und dabei zeigt sich dann, daß die Wurzeln des Übels nicht in zu hohen Löhnen, nicht in zu hohen Sozial- und Staatsausgaben, sondern in den Mechanismen des Wirtschaftssystems zu suchen sind, das sich von diesen Lebensinteressen der Menschen abhebt und den produktiven Reichtum ins Gegenteil verkehrt, mit dem es nicht fertig wird.

Mit der neoliberalen Politik, die Westeuropa in den letzten anderthalb Jahrzehnten beherrscht und den einheitlichen Binnenmarkt geschaffen hat, wurden alle diese Tendenzen noch verstärkt. Die politische Rechte Westeuropas hat den einheitlichen Markt als ein gigantisches Rationalisierungsprojekt, als ein angebotspolitisches Deregulierungsprojekt vorangetrieben und verwirklicht, das seine produktiven Effekte aus dem Konkurrenzdruck gewinnen sollte, unter den es die nationalen Ökonomien setzte.

Heute müssen wir feststellen, daß nichts von den Segnungen eingetroffen ist, die uns vom Binnenmarkt versprochen wurden. In Wirklichkeit waren es schon immer die nationalen sozialen Sicherungssysteme, die nationalen Tarif- und Lohnpolitiken, die nationalen Gewerkschaften, also alles in allem die nationalen Sozialstaaten Westeuropas, die durch die Markterweiterung unter Druck gesetzt werden sollten. Diese Rechnung ist ja tatsächlich in gewissem Maße auch aufgegangen.

Auch die nationalen gewerkschaftlichen Tarifpolitiken wurden geschwächt. Es ist uns schon in den achtziger Jahren vielfach nicht mehr gelungen, die gleichgewichtige einkommenspolitische Verteilung der Produktivitätsfortschritte durchzusetzen. Der Anteil der Arbeitnehmer am Sozialprodukt - die Lohnquote - ist zurückgefallen. Die Massenkaufkraft wurde vom Produktivitätswachstum abgekoppelt, blieb hinter diesem zurück. Das hat die wirtschaftlichen Ungleichgewichte noch verstärkt und zur Verschärfung der Krise beigetragen, denn der höhere Anteil der Kapitalrendite ist eben mangels aussichtsreicher Absatzchancen nur begrenzt in Erweiterungsinvestitionen gegangen. Statt dessen wurden damit arbeitsplatzvernichtende Rationalisierungs-Investitionen, vor allem aber die Aufblähung des internationalen Finanz- und Kreditsystems finanziert.

Täglich werden gigantische Summen um den Erdball gejagt, wird ein einträgliches Spekulantentum, ein Kasinokapitalismus gezüchtet, der mit produktiven Aufgaben nichts mehr zu tun hat, während die Staaten und Völker verarmen. Nein, die Verschärfung der Konkurrenz und die Schwächung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik hat schon in der Vergangenheit nicht zur Überwindung, sondern zur Vertiefung der Krise beigetragen. Und sie wird jetzt sogar zur Bedrohung der politischen Einigung in Europa, denn die

Gewerkschaften waren ja gerade mit ihrer erfolgreichen Tarifpolitik auch eine der tragenden Kräfte des europäischen Einigungsprozesses. Sie haben die industriegesellschaftliche Angleichung der westeuropäischen Länder vorangetrieben.

Solange sie mit ihrer Tarifpolitik wenigstens die gleichgewichtige, einkommenspolitische Verteilung der Produktivitätsfortschritte durchsetzen und damit das Wachstumsmodell des expansiven Ausbaus der Massenproduktion stützen konnten, war es auch für die geringer entwickelten europäischen Randländer möglich, sich auf dem Weg der nachholenden Industrialisierung anzugleichen. So hatte die europäische Integration eine wirtschaftliche und soziale Basis. Integrationspolitik konnte nach der einfachen Formel „Harmonisierung durch Angleichung im Fortschritt“ betrieben werden.

Das Europa des Wettbewerbs fördert die Desintegration

Heute bedroht das Europa des Wettbewerbs dagegen die schwächeren Länder mit erneutem Rückfall und damit die Gemeinschaft mit erneuter Desintegration, gegen die auch die vorgesehenen Ausgleichszahlungen nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind. Heute fördert das Europa des Wettbewerbs auch innerhalb der nationalen Gesellschaften die Desintegration - und das sowohl in horizontaler Richtung der sozialen, als auch in vertikaler der regionalen Spaltung.

Die pure Markteinigung nach dem Konzept des „Europas des Wettbewerbs“ wird in der Krise zu einem selbstzündenden Sprengsatz gegen die politische Einigung. Die Abstimmungen in Dänemark und erst recht das französische Referendum, bei dem vor allem diejenigen gegen Maastricht gestimmt haben, die sich als Verlierer der europäischen Einigung sehen, könnten eine Lehre sein. Aber jetzt, mit der Zuspitzung der Krise, forcieren die Unternehmer an allen Orten und in allen Ländern erst recht noch die Konkurrenz zwischen den europäischen Standorten, versuchen sie uns gegeneinander auszuspielen - um nicht zu sagen aufzuhetzen.

Natürlich wird hier der Boden für allerlei dumpfen und rechtsradikalen politischen Unrat bereitet. Aber sind denn die Widerstände gegen ein Europa so verwunderlich, das für viele Bürger nicht als schützende, größere Heimat, sondern als wirtschaftliches Kampffeld daherkommt, auf dem einem die Butter vom Brot genommen wird, auf dem Existenzvernichtung und Hoffnungslosigkeit drohen?

Das kann so nicht gut gehen, aber der einheitliche Markt ist nun einmal da und nicht mehr zurückzudrehen. Und dennoch, es mag vielleicht erstaunen, wenn ich ganz schroff sage: Es liegt an uns, den europäischen Gewerkschaften, ob in Europa die Lichter des Fortschritts ausgehen, ob Europa - wie schon die USA - auf die schiefe Bahn des sozialen Verfalls gerät.

Ich kann mir jedenfalls nicht vorstellen, wie Europa ohne Stärkung, ohne die politische Wiederkehr, ohne eine wirkliche Renaissance der Gewerk-

Schäften mit den Problemen fertig werden könnte, die seine soziale und politische Einheit bedrohen. Das mag in einer Zeit nicht gerade hoffnungsvoll klingen, in der wir tatsächlich mit dem Rücken an der Wand stehen, aber die Frage, wie wir als Gewerkschaften an die Stelle eines Europas des Wettbewerbs unser Europa der Solidarität setzen können, hebt auch unsere Diskussion über unsere eigene Organisations- und Handlungsfähigkeit auf die Höhe der Zeit, auf der sie erst zu lösen ist.

Eine handlungsfähige europäische Gewerkschaftsbewegung ist nötig

Der gemeinsame Markt hat den nationalen Rahmen gesprengt, in dem wir als Gewerkschaften bisher gedacht und gehandelt haben. Selbstverständlich müssen wir gerade unter den veränderten Bedingungen unsere Bodenhaftung im Betrieb, vor Ort, in den Regionen und den Ländern halten, ja wir müssen bei einer Arbeitnehmerschaft Boden zurückgewinnen, die sich in ihrer sozialen Lage, ihren Interessen, ihrem Bewußtsein weitreichend verändert hat und weiterhin ändert. Aber wir werden auch mit diesen Problemen nur dann fertig werden, wenn wir das Kunststück schaffen, aus der Defensive heraus, in einer Reihe von Ländern sogar mit existenzgefährdeten Gewerkschaften, eine europäische Gewerkschaftsbewegung aufzubauen, die gemeinsam handlungs- und durchsetzungsfähig ist.

Ich bin da nicht pessimistisch: Wir können dieses Kunststück schaffen. Wir können es schaffen, wenn wir den Mut haben, auf den radikalen Umbruch, in dem wir uns befinden, der wirklich radikal die Grundlagen unseres gesellschaftlichen Lebens ergreift, auch die radikalen politischen Antworten zu finden und zu geben, die ihm angemessen sind.

Aber: Wir müssen selbst radikaler werden. Das heißt einmal, daß wir den europäischen Sozialstaat, für den wir ein Jahrhundert gekämpft haben, mit Zähnen und Klauen verteidigen müssen, daß wir nicht nur seinen Niedergang verwalten dürfen. Das heißt auch, daß wir den Sozialstaat nur dann wirksam verteidigen können, wenn wir für eine klare Perspektive des Umbaus der Industriegesellschaften, für eine ökologische Produktions- und Konsumtionsweise, für den sozialen Ausbau der Dienstleistungen und der menschlichen Eigeninitiative und damit nicht zuletzt für radikale Arbeitszeitverkürzungen kämpfen.

Das heißt vor allem auch, daß wir alle Scheu aufgeben und uns der offenkundigen Tatsache stellen müssen, daß die kapitalistisch verfaßte Ökonomie den historisch erforderlichen Umbau blockiert und ein neues Konzept der solidarischen Regulation der Marktwirtschaft erforderlich ist, das den unbeherrschten ökonomischen Zwangsmechanismus endlich den menschlichen Bedürfnissen unterwirft.

Natürlich sind das gewaltige, vielleicht sogar erschreckende Aufgaben, die nicht aus dem Stand, sondern nur durch ein schwieriges geistiges und politisches Aufbauwerk zu bewältigen sind, in dem uns nicht nur Erfolge erwarten.

Aber ohne klare Perspektive, ohne die gründliche Erneuerung unseres Zukunftsprojekts werden wir in Europa nicht bestehen.

Es geht hier längst nicht mehr bloß um die Ergänzung des europäischen Marktes um einen Sozialraum Europa. Es geht hier erst einmal darum, die Macht des neoliberalen Monetarismus, der mit seiner einseitigen Fixierung auf Geldwertstabilität und mit seiner wahnwitzigen Zinspolitik die Krise noch anheizt, überall, in Brüssel wie in Frankfurt, zu brechen.

Das ist kein Votum gegen Maastricht. Denn obwohl die Erfüllung der Stabilitätskriterien für eine Währungsunion bis 1996 als unrealistisch und für uns auch nicht als wünschenswert anzusehen ist, sind die bescheidenen Fortschritte zur sozialen und politischen Union doch zu begrüßen, die der Vertrag bringt.

Der Europäische Metallgewerkschaftsbund (EMB) hat in der Tarifpolitischen Grundsatzerklärung, die seine erste Tarif politische Konferenz im März 1993 verabschiedet hat, seine Anforderungen an die europäische Politik skizziert. Es heißt dort: „Der EMB fordert von den Regierungen, dem Ministerrat, dem Parlament und der Kommission, daß sie endlich Vorschläge für eine arbeitsintensive, ökologische Wirtschafts- und Industriepolitik für Europa vorgehen. Er fordert ein europäisches Konversions-Programm für den unvermeidlichen sozialen und ökologischen Umbau der „alten“ Industrien, insbesondere der Rüstungsindustrien. Er tritt für den umfassenden Ausbau einer aktiven europäischen Arbeitsmarktpolitik ein, die den von Arbeitslosigkeit betroffenen Arbeitnehmern großzügige Hilfen für Umschulung und Weiterbildung verschafft. Er verlangt Vorschläge für ein massives Unterstützungs-Programm für nicht-profitwirtschaftliche Selbsthilfe-Aktivitäten in Form von selbstverwalteten Kleinbetrieben, Genossenschaften oder öffentlichen Entwicklungs- und Beschäftigungsgesellschaften.“ Das sind grobe Eckpunkte für eine solidarische Europapolitik, die wir in konkrete Konzepte umsetzen müssen, mit denen wir - zum Beispiel bei den Europawahlen - die Politiker konfrontieren und messen können.

Eine solche innereuropäische Politik verlangt zugleich eine gemeinsame europäische Außenpolitik, die ihren Namen verdient und aktiv für den Umbau der Weltwirtschaft eintritt, die heute die Ursache dafür ist, daß globale ökologische Katastrophen drohen und ganze Erdteile - Afrika, Asien, Lateinamerika - immer noch mehr in den Ruin getrieben werden. Dieses weltwirtschaftliche System des ungezügelter kapitalistischen Wettbewerbs treibt jetzt noch zur globalen Konkurrenz-Schlacht der industriellen Kontinente, die jede vernünftige Gesellschaftspolitik untergräbt und nur Verlierer zurücklassen kann. Selbst ein ausgeglichener Wettbewerb mit Japan würde unsere Probleme ja nicht beseitigen.

Wir brauchen zugleich - jenseits von Protektionismus und unwahrhaftiger Freihandelsideologie - eine Politik der solidarischen weltwirtschaftlichen Regulation, die mit der Beseitigung der Ungleichgewichte im Finanzsystem

und im Warenverkehr gekoppelt ist. Anders wird letztlich auch das Elend nicht ernstlich zu beseitigen sein, das nun mit den Flüchtlingsströmen zu uns zurückkommt und die Horrorvorstellung einer Sozialfestung Europa aufbringt.

An diesen epochalen Grundfragen, die wir nicht mehr den Parteien allein überlassen können, wird sich die autonome Gewerkschaftsbewegung Europas aktivieren und mit den Menschen und Kräften verbünden müssen, die dafür zur Solidarität bereit sind. Aber ich mache mir keine Illusionen: Ob und wie weit wir dazu fähig sein werden, entscheidet sich zuerst daran, wieweit wir unsere Handlungsfähigkeit für unsere klassischen Funktionen sichern und ausbauen können. Und hier steht natürlich die Tarif politik im Zentrum.

Die Europäisierung der Tarifpolitik in Angriff nehmen

Zweierlei haben die Mitgliedsverbände des Europäischen Gewerkschaftsbundes zu den Voraussetzungen einer europäischen Tarifpolitik definitiv gelernt und entschieden: Erstens können wir nicht warten, bis uns die gegenwärtigen politischen Regierungen den Weg für europäische Tarifverträge ebnet. Zweitens können wir ebensowenig darauf warten, bis die europäischen Arbeitgeber ihre intransigente, verantwortungslose Verweigerungshaltung aufgeben und bereit sind, mit uns zu sprechen oder gar zu verhandeln.

Für uns ist klar, daß europäische Tarif politik nicht heißen kann, daß wir den Tarifikampf nach Brüssel verlagern und um zentralistische Richtlinien-Entscheidungen führen. Wir haben uns darauf geeinigt, daß der Weg zu einer europäischen Tarif politik über die Europäisierung der regionalen und nationalen Tarif Politiken in Europa führt. Das ist kein Freibrief für Nichtstun, sondern eine Entscheidung für energische Anstrengungen zur wirksameren, effektiveren Koordination unserer jeweiligen Tarifpolitik, die auch darauf abzielt, für diese eine europäische Öffentlichkeit aufzubauen.

Diese Strategie wird meines Erachtens jetzt auch sehr schnell durch den neuesten Angriff auf die Tarifautonomie selbst und auf die Realeinkommen der Arbeitnehmer vor eine erste harte Bewährungsprobe gestellt. Dieser massierte Angriff des europäischen Kapitals ist nicht nur eine nationale Frage. Mit den Realeinkommen, die jetzt in ganz Europa angegriffen werden, steht auch die soziale Substanz Europas auf dem Spiel. Hier unterliegt jede regionale und nationale Gewerkschaft einer gemeinsamen, gesamteuropäischen Verpflichtung, für deren Respektierung wir alle gemeinsam kämpfen müssen.

Ich möchte deshalb vorschlagen, daß wir künftig regionale und nationale Tarifverhandlungen, bei denen die Sicherung der Realeinkommen in Frage gestellt wird, auch nur noch mit europäischen Beobachtern führen, die vom EMB entsandt werden. Diese Beobachter sollen auch gegenüber der Öffentlichkeit die gemeinsame europäische Verpflichtung zur sozialen Bestandsicherung dokumentieren und gegebenenfalls Vorschläge für wechselseitige Unterstützungs-Maßnahmen im EMB machen.

Wir dürfen nicht müde werden, den europäischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu sagen: Lohnverzicht sichert keine Arbeitsplätze, Lohnverzicht vernichtet Arbeitsplätze. Und wir müssen Mittel und Wege finden, über Europa hinweg denen unter die Arme zu greifen, die schwach sind oder schwach werden könnten. Die EMB sollte eine europaweite Kampagne gegen Lohnverzicht einleiten. Es steht jetzt viel, sehr viel auf dem Spiel, und mir wäre nicht bange für die übernächsten Schritte zu einer europäischen Tarifpolitik, wenn wir diese Bewährungsprobe bestehen.

Dafür diskutiert die IG Metall nun auch die Tarifreform 2000, die vielleicht eher zu einem Alternativkonzept wider die Gegenreform wird. Daran sind alle europäischen Metall-Gewerkschaften hochgradig interessiert. Die IG Metall hat als unsere größte Gewerkschaft und mit dem Gewicht der deutschen Metallwirtschaft für uns alle eine Pilotfunktion. Sie bestimmt mit ihrer Politik und ihren Ergebnissen unsere Möglichkeiten in den kleineren Ländern hautnah mit. Das bekommen wir vielleicht am direktesten zu spüren. Auch mein Land - Belgien - ist eben ein Standort: von VW, von Mercedes, von General Motors usw.

Mit aller Kraft müssen wir gemeinsam verhindern, daß wir in eine wechselseitige Abwärtsspirale der Tarifkonkurrenz gedrängt werden.